sche Gesetzs

Ausgegeben zu Berlin, den 31. Dezember 1930 1930 Nr. 42 Taa Inhalt: Verordnung über die Einführung bes Preußischen Ausführungsgesetes jum Reichsheimstättengeset im 17. 12. 30 Gebiet des ehemaligen Freistaats Walded . 315 Berordnung über bie Bilbung von Betriebsvertretungen nach bem Betriebsrätegesethe vom 4. Februar 23, 12, 30 1920 in der preußischen Justizverwaltung Siebente Berordnung über bie Aufwertung ber Ansprüche aus Pfandbriefen und Schulbverschreibungen lanbichaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten, von Stadtschaften, Pfandbriefämtern und gleichartigen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten für den städtischen Grundkredit und von Landeskultur-Kentenbanken 319 20, 12, 30 Sechste (Preußische) Berordnung zur Durchführung ber Aufwertung ber Sparguthaben 319 Bekanntmachung ber nach bem Gejete vom 10. April 1872 burch bie Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urfunden usw. II. Muiban ber Refriehäherireinnaen 321

Berordnung über die Ginführung des Prengifchen Ausführungsgesetes jum Reichs-(Mr. 13556.) heimstättengeset im Gebiet bes ehemaligen Freiftaats Walbed. Bom 17. Dezember 1930.

Auf Grund des Artifels 2, § 13 Abs. 2 des zwischen Preußen und Walded über die Ber= einigung Waldecks mit Preußen am 23. März 1928 abgeschlossenen Staatsvertrags in Verbindung mit § 2 des Gesetzes über die Vereinigung des Freistaats Walded mit dem Freistaate Preußen vom 25. Juli 1928 (Gesetsamml. S. 179) wird folgendes verordnet:

Das Ausführungsgesetz zum Reichsheimstättengesetz bom 18. Januar 1924 (Gesetzsamml. S. 49) wird mit den dazu ergangenen Ausführungsvorschriften im Gebiet des ehemaligen Freiftaats Walded mit Wirkung vom 1. Januar 1931 ab in Kraft gesetzt.

Berlin, den 17. Dezember 1930.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Dumpinning and noon Braun. Sebering. Sirtsiefer.

Arthrends findet § 80 des Berrichsräfegesehen sinngemäß Anwendung.

(Rr. 13557.) Berordnung über die Bildung von Betriebsvertretungen nach dem Betriebsrätegesete vom 4. Februar 1920 (Reichsgesethl. S. 147) in der preußischen Juftizverwaltung. Bom 23. Dezember 1930.

Auf Grund des § 61 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 (Reichsgesetzbl. S. 147) und Artifel 2 der Berordnung zur Ausführung des Betriebsrätegesetes vom 8. März/25. September 1920 (Gesetsfamml. S. 57/429) wird nach Verhandlung mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer folgendes verordnet:

I. Allgemeine Beftimmungen.

Die dem Juftizminister unterstellten Behörden (Betriebe) und die dem Justizminister und dem Minister für Handel und Gewerbe gemeinsam unterstellten Arbeitsgerichtsbehörden werden zur Bildung von Einzelbetriebsvertretungen, Bezirksbetriebsräten und eines Hauptbetriebsrats zusammengefaßt.

Alls Betriebe im Sinne bes Betriebsrätegesetzes und dieser Berordnung gelten: das Justizministerium, das Kammergericht, die Oberlandesgerichte, die Staatsanwalt= schaften bei den Oberlandesgerichten, die Strafvollzugsämter, die Landgerichte, die Staats=

(Vierzehnter Tag nach Ablauf bes Ausgabetags: 14. Januar 1931.) Gesetziammlung 1930. (Nr. 13556—13559).

anwaltschaften, die Amtsgerichte, die hauptamtlichen Arbeitsgerichte, die Amtsanwaltschaften, die besonderen Gefangenanstalten.

§ 3.

Die Rechte und Pflichten des Staates als Arbeitgeber, soweit sie sich unmittelbar aus dem Betriebsrätegesetz ergeben, übt der Vorstand der Behörde aus (vgl. § 14 Abs. 1 Ziffer 2 das.). Er ist befugt, Beamte der Behörde als besondere Vertreter zu bestellen. Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, die aus einem Arbeitsverhältnisse hervorgehen, gelten die bestehenden allgemeinen Bestimmungen über die Vertretung des Preußischen Fiskus (Justizverwaltung) in diesen Streitigkeiten.

\$ 4.

Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsrätegesetzes sind in der Regel Arbeiter und Angestellte, die bei einer der im § 2 bezeichneten Behörde beschäftigt sind.

II. Aufban der Betriebsvertretungen.

\$ 5.

Alls Einzelbetriebsvertretungen werden örtliche Betriebsvertretungen (Betriebsräte, Betriebsobleute) gebildet; daneben werden Bezirksbetriebsräte und ein Hauptbetriebsrat eingerichtet.

einigung Wolbeds mit Preuhen am 28. Märs 18 & abgelchiossenen Stantsverrags in Berbindung

- (1) Bei jeder Behörde (§ 2), welche die im Betriebsrätegesetze vorgesehene Mindestzahl von Arbeitnehmern beschäftigt, wird eine örtliche Betriebsvertretung gebildet.
- (2) Ist nach der Zahl der Arbeitnehmer bei einer Behörde eine örtliche Betriebsvertretung nicht zu bilden, so kann der Fustizminister bei Beteiligung einer Arbeitsgerichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe nach Benehmen mit dem Hauptsbetriebsrate bestimmen, daß für diese Behörde und eine oder mehrere nahegelegene eine gemeinsame örtliche Betriebsvertretung zu bilden ist.
- (3) Bei Dienststellen, bei denen die Betriebsvertretung nur aus einem Betriebsobmanne besteht oder keine Betriebsvertretung vorhanden ist, ist auf den Antrag des Obmanns oder des einzelnen Arbeitnehmers der Bezirksbetriebsrat zur Annahme von Einsprüchen gegen die Kündigung von Arbeitnehmern nach § 84 des Betriebsrätegesetzes besugt. Für die Weiterverfolgung des Anspruchs findet § 86 des Betriebsrätegesetzes sinngemäß Anwendung.

(Rr. 12557.) Berordung über bie Bildung von Prissiebsbertreiungen nach bem Betriebsrütegelege vorm

Zur Vertretung der bei den Provinzial= und Lokalbehörden beschäftigten Arbeitnehmer wird für jeden Oberlandesgerichts= (Kammergerichts=) bezirk bei dem Oberlandesgericht (Kammergericht) ein Bezirksbetriebsrat gebildet.

\$ 8

Zur Vertretung aller im Bereich der Justizverwaltung beschäftigten Arbeitnehmer wird bei dem Justizministerium ein Hauptbetriebsrat gebildet.

III. Zusammensetzung.

\$ 9.

Die Zusammensetzung der Einzelbetriebsvertretungen bestimmt sich nach den Vorschriften des Vetriebsrätegesehes.

\$ 10.

Die Bezirksbetriebsräte bei den Oberlandesgerichten bestehen aus je drei Mitgliedern, der Bezirksbetriebsrat bei dem Kammergerichte besteht aus fünf Mitgliedern.

\$ 11. mmoR. and muis

Der Hauptbetriebsrat besteht aus sieben Mitgliedern.

right ned out eloid rednif of creational and land § 12. emisting displaced and droudbat all (a)

Sowohl die Arbeiter wie die Angestellten müssen durch mindestens einen Bertreter in den Bezirksbetriebsräten und im Hauptbetriebsrat vertreten sein; § 6 des Betriebsrätegesets findet auf diese Betriebsvertretungen keine Anwendung.

§ 13.

Zur Führung der laufenden Geschäfte wählen der Bezirksbetriebsrat bei dem Kammergericht und der Hauptbetriebsrat aus ihrer Mitte je einen geschäftsführenden Ausschuß von drei Mitgliedern, deren Beschäftigungsort möglichst Berlin sein soll.

und nicht über der Bereich der Betriebsvertrag binaus von Bedeuning find

Bei der Zusammensetzung der Betriebsvertretungen sollen die verschiedenen Berufsgruppen der beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer nach Möglicheit berücksichtigt werden.

IV. Die Wahl.

Der Bezirtsbetrieberat ist seiner 3.51 golg für die Annahme von Einsprüchen gegen

Die Wahl zu den Einzelbetriebsvertretungen bestimmt sich nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes.

§ 16.

- (1) Zur Wahl der Bezirksbetriebsräte bilden die Arbeitnehmer der einzelnen Oberlandes=
 gerichtsbezirke, zur Wahl des Hauptbetriebsrats bilden alle Arbeitnehmer im Bereich der Justiz=
 verwaltung (§ 2) je einen Wahlkörper. Sie wählen die Mitglieder der Bezirksbetriebsräte und
 des Hauptbetriebsrats aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundfähen
 der Verhältniswahl.
- (2) Die Wahl der Mitglieder der Bezirksbetriebsräte und des Hauptbetriebsrats findet in demfelben Wahlgange mit der Wahl zu den Einzelbetriebsvertretungen statt.
- 3) Wiederwahl ist zulässig. Mannen gemannten gemannten gemannten der gemannten der gemannten der gemannten der

beiriebsrats hinaus von Bedeutung ift, entscheicht in Streitfalle der Justigminister nach Benehmen

- (1) Die Leitung der Wahl der Bezirksbetriebsräte liegt in der Hand der von den Bezirksbetriebsräten, die Leitung der Wahl des Hauptbetriebsrats liegt in der Hand eines vom Hauptbetriebsrat zu wählenden, aus drei wahlberechtigten Arbeitnehmern bestehenden Wahlvorstandes. Der Wahlvorstand bestimmt seinen Vorsitzenden selbst und führt die Wahl nach der Wahlbordnung durch.
- (2) Die Leitung der ersten Wahl zu den Bezirksbetriebsräten liegt in der Hand der von den Oberlandesgerichtspräsidenten (Kammergerichtspräsidenten) zu berufenden Wahlvorstände, die aus fünf von den bei den Verhandlungen über diese Verordnung beteiligten wirtschaftlichen Vereinisgungen vorzuschlagenden Arbeitnehmern bestehen.
- (8) Nach Abs. 2 ist auch im Falle des § 23 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzt versahren mit der Maßgabe, daß den Wahlvorstand für die Hauptbetriebsratswahl gegebenenfalls der Fustizminister bestimmt.

\$ 18.

Die Wahlvorstände haben die Mitglieder der Bezirksbetriebsräte und des Hauptbetriebsrats spätestens vier Wochen nach ihrer Wahl zur Vornahme der nach § 26 des Betriebsrätegesetersetenden Wahl zusammenzuberusen.

§ 19.

(1) Die Wahlzeit aller Betriebsvertretungen beträgt ein Jahr. Sie beginnt mit dem 1. April eines Jahres und endet mit dem 31. März des nächsten Jahres.

- (2) Ift während der Wahlzeit zu einer Neuwahl zu schreiten, so findet diese für den Rest
- (8) Nach Ablauf der Wahlzeit bleiben die Mitglieder der Betriebsvertretungen noch bis zum Zusammentritt der neugewählten Betriebsvertretungen im Amte. Inden in International geschief

V. Zuständigkeit.

Die Einzelbetriebsvertretung ist im Rahmen der ihr durch das Betriebsrätegesetz gewährten Befugnisse zuständig für Angelegenheiten, die aus dem örtlichen Arbeitsverhältnis entspringen und nicht über den Bereich der Betriebsvertretung hinaus von Bedeutung sind.

Bei der Zusammensegung der Betriebsigerisetungen sollen die verschiedenen Berussgruppen

- (1) Der Bezirksbetriebsrat ift zuständig für Angelegenheiten, die über den Bereich einer Einzelbetriebsvertretung, nicht aber über den Bereich des Bezirksbetriebsrats hinaus von Bedeutung sind.
- (2) Der Bezirksbetriebsrat ift ferner zuständig für die Annahme von Einsprüchen gegen die Kündigung von Arbeitnehmern nach § 6 Abs. 3 sowie für Angelegenheiten, die ihm vom Oberlandesgerichtspräsidenten (Kammergerichtspräsidenten), Generalstaatsanwalt oder Präsidenten des Strafvollzugsamts zur Behandlung überwiesen werden.

(1) Aur Wolf der Begirksbetriebspräie 28 & die Arbeitnehmer der einzelnen Bberlatives

- (1) Der Hauptbetriebsrat ift zuständig für Angelegenheiten, die über den Bereich eines Bezirksbetriebsrats hinaus von Bedeutung find, sowie für solche, die von allgemeiner oder grundfählicher Bedeutung find. Vomische den vondlettimme mortife verdi sie Styradeinseltunge des
- (2) Er ist ferner zuständig für Angelegenheiten, die ihm vom Justizminister zur Behandlung (e) Die Wahl der Mitglieder der Bezirksbetriederake und des Hamptbetnedrem nezeinredü

demielben Rahlgange mit der Mahl zu den .82 2 berriebsvertretungen flatt.

Db eine Angelegenheit über den Bereich einer Einzelbetriebsvertretung oder eines Bezirks= betriebsrats hinaus von Bedeutung ist, entscheidet im Streitfalle der Justizminister nach Benehmen mit dem Hauptbetriebgrate. (1) Die Leitung der Madheder Begirksbetrieberäte liegt in der Hand der von dem Regurs

betrieberäten, die Leitung der Wahl des Hauntherieberate liegt in der Hand eines vom Haupteberat zu wählenden, aus drei .gnummitsekluchen .IV. ehnenmern bestehenden Wahldwardennes

er Bable von dan linde sie tridit dum tidle § 24. entfrodt namiel tummilied anathrouldate von Der Justizminister und der Minister für Handel und Gewerbe werden ermächtigt, nach Berhandlung mit den beteiligten wirtschaftlichen Bereinigungen der Arbeitnehmer Ausführungs= bestimmungen zu dieser Verordnung, insbesondere die Wahlordnung, zu erlassen. fünf von den bei den Berhandlungen über diese Berordnung beteiligten wirtschaftlichen Bereini-

§ 25. and recommended recommendations a mapping

Diese Berordnung tritt mit dem 1. Januar 1931 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkte verliert die Berordnung vom 17. Dezember 1928 (Gesetssamml. S. 215) ihre Bedeutung.

Berlin, den 23. Dezember 1930.

Das Prenßische Staatsministerium.

fpatestens vier Wochen nach Schmidt. Holle nedellescrofts. Braun. Schreiber.

(Nr. 13558.) Siebente Berordnung über bie Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen und Schuldberichreibungen landichaftlicher (ritterichaftlicher) Rreditanftalten, bon Stadtichaften, Pfandbriefamtern und gleichartigen öffentlich-rechtlichen Rreditanftalten für den ftadtifchen Grundfredit und von Landestultur-Rentenbanken. Bom 10. Dezember 1930.

Die im Artikel II der Fünften Berordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen und Schuldverschreibungen landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten, von Stadtschaften, Pfandbriefämtern und gleichartigen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten für den städtischen Grundkredit und von Landeskultur=Rentenbanken vom 10. Juni 1929 (Gesetsamml. S. 76) bestimmte Frist wird hinsichtlich der Ansprüche aus Pfandbriefen und sonstigen Schuld= verschreibungen der Westpreußischen Landschaft, der Neuen Westpreußischen Landschaft und der Deutschen Pfandbriefanstalt in Posen, Sit Berlin, bis zum 31. Dezember 1931 verlängert.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1931 in Kraft.

Berlin, den 10. Dezember 1930.

Der Breukische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Steiger.

Minister für Volkswohlfahrt. Hirtsiefer.

Der Preußische Finanzminister. Der Preußische Justizminister.

Schmidt.

(Rr. 13559.) Sechite (Prengifche) Berordnung zur Durchführung ber Aufwertung ber Sparguthaben. Bom 20. Dezember 1930. giod gione goda framachiost, onio noinis, sid grotof gronniroc

(1) Die aufgewerteten Sparguthaben sind vom 1. Januar 1931 ab zu bem jeweiligen

Auf Grund des § 58 des Gesetzes über die Auswertung von Spotheken und anderen An= sprüchen (Auswertungsgesetz vom 16. Juli 1925 — Reichsgesetzbl. I S. 117 —) wird folgendes Starguthaben wie im Jahre 1980 nach näherer Matgabe der Sahungsbestimmungten in Indrosyna

Die Aufwertung der Sparguthaben erfolgt bei allen öffentlichen oder unter Staatsaufsicht ftehenden Sparkaffen Preußens ohne Bildung einer Teilungsmaffe und ohne Bestellung eines Treuhänders einheitlich für jede Provinz zu folgenden Vomhundertsätzen des Goldmarkbetrags ed berechtigt, vom I. Kannar 1981 ab den vollen Berrag zu fündigen. der Sparguthaben:

a) 17 bom Hundert für die Provinzen Brandenburg und Stadt Berlin, Schleswig-Holftein. Seffen-Naffau, Die näheren Bestimmungen über die

für die Provinz Hannover, mulistus? dun grundauers? grundlik sid b) 18 usal whattime

für die Provinz Niederschlesien, nad prugndisbirede sid rodit vienet c) 18,5

d) 19 für die Proving Sachsen,

e) 21,5 für die Provinz Bommern.

für die Rheinprovinz und den Regierungsbezirk Sigmaringen, f) 23

g) 25 für die Provinzen Oftpreußen und Grenzmark Pofen-Weftpreußen,

für die Provinz Westfalen, h) 26,5

für die Proving Oberschlesien. i) 29

\$ 2.

Zum Zwecke der Aufbringung der im § 1 genannten provinziellen Einheitsfäße wird für jede Proving ein Sparkaffenausgleichsftod gebildet; für die Provingen Oftpreußen und Grengmark Vosen-Westpreußen sowie für die Rheinprovinz und den Regierungsbezirk Sigmaringen wird je ein gemeinsamer Ausgleichsstock gebildet.

(Ste. 13558.) Elebente Bezerdrung liber bie Un'. & Beng ber Bieforliche and Pfandbriefen und Cchulb.

- (1) Sparkassen, bei denen das aufgewertete Sparkassenwögen ihre Auswertungsverbindlichfeiten übersteigt, sind verpflichtet, den überschießenden Betrag dem Sparkassenausgleichsstock ihrer Provinz zuzuführen.
- (2) Sparkassen, bei denen das aufgewertete Sparkassenwermögen nicht ausreicht, um den für ihre Provinz sestgesetzten Auswertungssatz zu erstellen, erhalten aus dem Sparkassenausgleichsstocke die erforderlichen Zuschüsse.

5. 76), bestimmte Frist wird hinschtlich der 2.4 früche aus Plandbriefen und saustigen Schuld-

Die nach Abführung der Zuschüfse an einzelne Sparkassen (§ 3 Abs. 2) in dem Sparkassenausgleichsstocke noch verbleibenden Beträge sind zur Milderung besonderer, sich in einzelnen Fällen ergebender Härten zu verwenden.

§ 5.

Zur Deckung von Verwaltungskosten darf weder das aufgewertete Sparkassenbermögen noch der einzelne Sparkassenausgleichsstock in Anspruch genommen werden.

Landwirtichaft. Domanen und Borlle. 8

Ist vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung die Auswertungsschuld aus einem aufgewerteten Sparguthaben ganz oder teilweise erfüllt worden, so gilt das Sparguthaben gleichwohl in Ansehung des Unterschieds zwischen dem damals und dem jetzt zu zahlenden Auswertungsbetrag als forts bestehend.

\$ 7

(1) Die aufgewerteten Sparguthaben sind vom 1. Januar 1931 ab zu dem jeweiligen Höchstsche, den die betreffende Sparkasse für sogenannte Kündigungsspargelder gewährt, zu verzinsen.

(2) Die Gläubiger können die Auszahlung der Zinsen zum Ende eines jeden Kalenderjahrs verlangen, sofern die Zinsen eine Reichsmark oder mehr betragen.

Auf Grund des 3 58 des Gesetzes über 818 Aufwertung von Schootheten und anderen An-

- (1) Vom 1. Januar 1931 ab können die Gläubiger den gleichen Betrag ihrer aufgewerteten Sparguthaben wie im Jahre 1930 nach näherer Maßgabe der Satzungsbestimmungen der bestreffenden Sparkasse kündigen.
- (2) Den Zeitpunkt, zu dem die Gläubiger weitere Teile des Sparguthabens kündigen können, bestimmt der Minister des Innern.
- (3) Gläubiger, deren aufgewertetes Sparguthaben den Betrag von 100 RM nicht übersteigt, find berechtigt, vom 1. Januar 1931 ab den vollen Betrag zu kündigen.

malling-pionesines intros from one printed 8 9. institutiva

Die näheren Bestimmungen über die Durchführung dieser Berordnung, insbesondere über die Bildung, Berwaltung und Berteilung der einzelnen Sparkassenausgleichsstöcke (§§ 2 und 3) sowie über die Berücksichtigung von Härtefällen (§ 4), trifft der Minister des Innern.

§ 10.

- (1) Diese Berordnung tritt mit dem 1. Januar 1931 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig werden die entgegenstehenden Bestimmungen der bisherigen (Preußischen) Verordnungen zur Durchführung der Auswertung der Sparguthaben außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 20. Dezember 1930.

und aum andlatische Der Preußische Minister des Junern. 2014 about mus Language dur nichtschaft der Preußische Winister des Junern.

jede Probinz ein Sparkassendenausgleichestod gnirgeds Sie Probinzen Aspreuhen und Greuzmark Velku-Westpreuhen sowie für die Rheinbrowing und den Regierungsbezirk Sigmaringen wird

ie ein gemeinsamer Ausgleichsitod gebilder.

Bekanntmachung.

Nach Borschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) find bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 26. August 1930
über die Übertragung des den Bereinigten Elektrizitätswerken Westfalen, G. m. b. H. in Dortmund, durch Erlaß vom 8. Mai 1930 verliehenen Enteignungsrechts für den Ban einer 220 000 Bolt-Leitung in doppelter Mastenreihe mit je doppelter Leitung vom Gemeinschaftswerk Hattingen nach dem Gersteinwerk auf die Bereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, Aktiengesellschaft in Dortmund,

durch die Amtsblätter der Regierung in Arnsberg Nr. 42 S. 197, ausgegeben am 18. Oftober 1930, und der Regierung in Münster Nr. 44 S. 187, ausgegeben am 1. Nobember 1930;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 12. November 1930 über die Berseihung des Enteignungsrechts an den Reststreis Merzig-Wadern für den Bau einer Kreisstraße von Wadern über Wadrill dis zur Kreisgrenze südlich der Grimburg durch das Amtsblatt der Regierung in Trier Nr. 49 S. 137, ausgegeben am 6. Dezember 1930. 188

Arcus. Gelesiananticas III. Dir. 12. ausgeneben am 31. 12. 30.

Bekanningahung.

Hach Borldstift ves Geseges vom 10. April 1872 (Geschaumel. S. 857) sind befannigemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 26. Luguft 1920 (nachtlung reibert der Abertragung des den Bereinigten Elektrisitätswerken Beitgalen. E. m., d. D. in Dormund durch Erlaß vom 8. Mai 1930 verliehenen Enteignungsrechts für den Bau Eatleure und einer 220 000 Volt Verlung in doppelter Wassenreihe mit je dotweiter Leitung vom Gemeinighaftswert Hattingen nach, dem Gereinigren Ereinigren Elektrisitätswerke Weitfalen. Aktienaesellskaft in Dortumad.

burch die Amtsblätter der Regierung in Arnsberg Ar. 42 S. 197 ausgegeben am 18. Oliober 1930, und der Regierung in Milinfer Ar. 44 S. 187, ausgegeben am 1. Robeinber 1930; achter verlagen von Gerlag des Preuhischen Staatsministeriums vom 12. November 1930, achter der Gerlag des Breisignung des Enteignungsrechts au den Resistreis Werzig Wadern für den Bau einer Kreisstraße von Wodern üben Baderill dis zur Kreisgrenze stöllich der Erimburg fich und Kreisgrenze ställte der Erimburg fich und Kreisgrenze fichten der Erimburg den kontrollen der Erimburg den kontrollen der Erimburg der Erim

易器

In der dem Inklatitreien dieser Betermung die aufwertungslöhrlib aus einem aufgewerteten Sparguihaben gam oder teitweis exfillt worden, in gilt das Sparguihaben gleichwehl in Anlebung des Unterfähreds gwisigen dem damals und dem jeht zu zählenden Aufwerfungsbeitrag als fartsbeliehend.

8 7

(1) Die annerverleich Sparguthaben find vom 1 Januar 1981 ab zu dem feweiligen Budfläge, den die derrespende Sparfage für logenannte Kündigungsspargelber gepoliket, zu verzinsen (2) In Aldubiger Kinnen die Kunnellung der Rinsengem Ende eines jeden Anlenberjahrs verlangen setzen übe Jinten eine Artimomert aber mehr betragen

8 8

Oparauthaben wie em Nabre 1930 noch alberer Mahgabe der Gahungsbestimmungen der betreffenden Einstaffe fündigen.

(2) Ten Krispunk zu dem die Meubiger weitere Teile des Sparguthabens kimbigen Timen, bestigmit des Minister des Frances.

(v) Claubiger, deren anderweisere Congguidaben der Betrag von 100 K.A. nicht aberitrie. Tad bereichtigt, von I. Fandar List ab den vollen Betrag zu fundigen.

die nehern Cemmanner über die Wernschung dieser Vereinung, insbesondere über die Rilbung Berdelming und Berteitung der einzelnen Sperckahenensylvischtliche (23 2 und 3) fewie über die Verückfichigung von Sässyldkein (9 C), erfell der Teintfeer von Feinern.

8 10

(1) Diele Texasionem tell ich war 1. Januar 1981 by Cras

to) Weichertig twelver die megigenfiedenden Kontrompiese von Albertien (Preufischen einschungen zur Durckkönung der Kontroktung der Ekwazakörfek auser Krojt gelegt.

Course, bear 20. Transference will

Verluge: N. von Veruhischen Etaatsministerium. — (Siedrucht nun der Peruhischen Druckerei und Verluge: N. von Decker's Verlög, E. Schend, Verlig 28 g. Lindurche 35. (Hospischend Verlig 9053.) Den tanfenden Being der Krenslichen Gelegkammlung vermitteln nur die Kankankalten (Vergegereit 1,00 MR. viertelfahrlich); einzelne Rummern und Jahrgönen (num altre) konnen unsatzeiln vom Kerkant 10—40 v. Ereisennafigning.